



Wissen. Wirkung. Werte.

Sehr geehrte Damen und Herren,

unser Grundgesetz hat sich für sehr viele Eventualitäten und Krisen Lösungswege zurechtgelegt. Aber die Frage wie man die Legislative und demokratische Exekutive über mehrere Monate am Laufen hält, dabei räumliche Distanz gewährleistet und keine Demokratiekrise auslöst, stellt die Entscheidungsträger gerade vor eine riesige Herausforderung. Klar ist: der Bundestag und die Landtage können nicht gewährleisten, über die kommenden Wochen wie gewohnt zusammenzutreten. Viele Abgeordnete gehören der Risikogruppe an und mit den prognostizierten Infektionsraten wird die Pandemie sicherlich nicht an Mandatsträgern vorbeigehen. Wie bedrohlich dies auch für unsere Demokratie sein kann, zeigte diese Woche bereits Sachsen: Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag drängte auf ein Zusammentreten des Parlaments – und hat damit die Handlungsfähigkeit des Sächsischen Landtags offensiv in Frage gestellt. Eine verfassungstreue und stabile Lösung ist also dringend geboten, um Demokratiefeinden keine Chance zu lassen, die Situation für sich zu nutzen.

Kommende Woche wird der Bundestag am Dienstag und Mittwoch definitiv noch einmal für eine verkürzte Sitzungswoche zusammentreten, um die notwendigen Beschlüsse zu fassen, die die politische Arbeit in den kommenden Wochen ermöglicht. Aktuell werden in den Führungsgremien des Bundestages drei Lösungen diskutiert: eine proportionale Verkleinerung des Parlaments, eine Ausweitung des Gemeinsamen Ausschusses (ein Gremium das zu einem Drittel aus Mitgliedern des Bundesrates, zu zwei Dritteln aus Mitgliedern des Bundestages besteht und als Notparlament im Grundgesetz verankert ist) oder eine Befugnis für die Fraktionsvorsitzenden ihre Fraktion gesamtheitlich als Stimmberechtigte zu vertreten. Bei allen Optionen müssten Notstandsregelungen angewandt werden, die oftmals eher Situationen wie den Kriegsfall als Ursprungsgedanken hatten und daher in ihren rechtfertigenden Tatbeständen unzureichend für den aktuellen Krisenfall sind.

Weitere Fragen betreffen vor allem die technische Umsetzung: Welche Räumlichkeiten sind geeignet, um eine physische Distanz zu gewährleisten, wie kann eine wechselseitige Infektion ausgeschlossen werden? Und wie gut funktioniert eigentlich die Unterstützung der Abgeordneten durch ihre Mitarbeiter aus der Distanz? Jürgen Trittin zumindest klagt in einem Brief an den Ältestenrat über die mangelhafte IT-Infrastruktur des Bundestages, um sich ein funktionierendes Home-Office einzurichten.

Nicht nur in den heiligen Hallen der Bundesrepublik wird nach Lösungen für die Krise gesucht: Dieses Wochenende findet der wohl weltweit größte Hackathon der Geschichte statt. Initiatoren und Veranstalter des [„WirvsVirusHackathon“](#) ist die Bundesregierung mit sieben sozialen Initiativen. 42.968 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Tech- und Kreativbranche sind aufgefordert von heute Abend bis Sonntag funktionierende Prototypen und Lösungsansätze - digital und analog - für gesellschaftlich relevante Fragestellungen im Hinblick auf die Corona-Krise zu entwickeln. Moderiert und begleitet wird dies von 4846 weiteren Expertinnen und Experten.

Wie lange die Menschen außerhalb Bayerns noch ohne weiteres auf die Straße dürfen, wird dieses Wochenende zeigen. Seit heute liegt nun eine zwischen den Ressorts abgestimmte Positivliste der Geschäfte, Dienstleister und gewerblichen Einrichtungen vor, die weiterhin für den Publikumsverkehr geöffnet sein dürfen – diese finden Sie im Anhang dieses Newsletters.

Manche Unternehmen lösen sich schneller aus der Schockstarre als erwartet und werden innovativ: Der Mittelständler Trigema steigt in das Mundschutz-Business ein, um ab sofort das Öl der Corona-Krise zu produzieren und der Lufthansa-Chef sieht die Rettung der Airline im Güterverkehr.

Mit den besten Grüßen

Johanssen + Kretschmer Strategische Kommunikation GmbH

*Redaktion: Heiko Kretschmer, Clara Ruthardt, Leon Kallus, Jonas Rautenberg, Anne-Sophie Federspiel, Vera Weidmann, Astrid Kemper*



## LAGE IN DEUTSCHLAND

Zum Ende einer turbulenten Woche für die deutsche Wirtschaft zeichnen sich deutliche Missstände bei den Unternehmen ab. Der Einzelhandel befürchtet eine Insolvenz-Welle und auch Start-ups beklagen mangelnde politische Hilfeleistungen. Auf politischer Seite wächst daher der Druck. Der Berliner Senat beschließt finanzielle Zuschüsse für Soloselbstständige und Kleinunternehmen, die Bundesregierung diskutiert eine Auflockerung der Schuldenbremse und das BMFSFJ gibt Unterstützung für ArbeitnehmerInnen mit Familien. Dabei scheint selbst der Bundestag schlecht auf das Arbeiten im Homeoffice vorbereitet zu sein.

Außerdem: Die nächsten Tage sollen über die Notwendigkeit einer Ausgangssperre entscheiden. Ist eine solche Ausgangssperre jedoch überhaupt mit dem Grundrecht auf Freizügigkeit vereinbar? Und wenn ja, auf welcher gesetzlichen Grundlage basiert sie?

**Bundesregierung will Schuldenbremse lockern**

Bislang galt die schwarze Null als Dogma jedes Bundesfinanzministers. Die Bundesregierung will die Schuldenbremse wegen der Corona-Krise aufweichen, damit sich der Bund höher verschulden kann. Die Schuldenbremse sieht vor, dass Einnahmen und Ausgaben grundsätzlich ohne neue Kredite auszugleichen sind und sich der Bund leicht verschulden kann, mit bis zu 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Laut Artikel 115 kann diese Obergrenze aber in Notfällen überschritten werden – etwa im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich "der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen". Das Kabinett will am kommenden Montag eine entsprechende Regelung beschließen, der Bundestag soll im Laufe der Woche zustimmen. ([ZEIT](#))

**Berliner Senat beschließt finanzielle Zuschüsse für Soloselbstständige und Kleinunternehmen**

Der Senat hat sich heute in einer außerordentlichen Sitzung auf Soforthilfemaßnahmen für die besonders hart von der Corona-Krise getroffenen Kleinunternehmen und Soloselbstständigen sowie für Freiberuflerinnen und Freiberufler verständigt. Das Programm ergänzt damit die Soforthilfe I, die auf kleine und mittlere Unternehmen mit bis zu 250 Beschäftigten zielt. Mit der sogenannten Soforthilfe II sollen Betroffene schnell und mit geringem bürokratischem Aufwand Zuschüsse zur Sicherung ihrer beruflichen bzw. betrieblichen Existenz beantragen können. Die Höhe des Zuschusses wird auf 5.000 Euro begrenzt. Er kann gegebenenfalls mehrmals beantragt werden, erneut nach sechs Monaten für Einzelpersonen sowie nach drei Monaten für Mehrpersonenbetriebe. ([Berlin](#))

**Trittin kritisiert: Bundestag schlecht auf Homeoffice vorbereitet**

Der Bundestag ist aus Sicht von Grünen-Politiker Jürgen Trittin schlecht auf die in der Coronakrise notwendige Arbeit von zu Hause vorbereitet. Die „IT-Landschaft des Bundestags“ sei „nur begrenzt dafür aufgestellt“, kritisierte Trittin in einem Brief an die zuständige Kommission des Ältestenrates im Bundestag. So fehlten Tools für Telefon- oder Videokonferenzen, die Abgeordnete und Mitarbeiter außerhalb des Büros flexibel einsetzen könnten. „Auch scheinen die wenigsten Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung in der Lage zu sein, ihre E-Mail-Postfächer von zu Hause aus abzurufen oder auf ihre Dateien und die ihres Referats zugreifen zu können.“ ([RND](#))

**Ausgangssperre wegen Corona – aber mit welcher Gesetzesgrundlage?**

Noch immer sind zu viele Menschen auf den Straßen unterwegs als die Lage es zulässt. Es verwundert daher nicht, dass in der Öffentlichkeit und der Politik bereits über die Verhängung einer allgemeinen Ausgangssperre nachgedacht wird. Diese beträfe dann – anders als die Quarantäne – alle Bürger unabhängig von einer möglichen Erkrankung. Dadurch stellt sich aus juristischer Perspektive umgehend die Frage: Wäre das auch in Deutschland zulässig? Und wenn ja: Unter welchen Voraussetzungen? Diese Fragen sind tatsächlich weniger leicht zu beantworten als gedacht. Einige Stimmen kommen daher auch zum Ergebnis, dass eine solche Maßnahme nach der bestehenden Rechtslage nicht zulässig wäre und fordern den Bundestag auf, das Infektionsschutzgesetz (IfSG) entsprechend anzupassen. ([Legal Tribute Online](#))

## **Unterstützungsmöglichkeiten für ArbeitnehmerInnen mit Familie**

Die Corona-Epidemie stellt auch eine vielfältige Belastungsprobe für Familien dar. Ist die Lohnfortzahlung bei Ausfall der Kinderbetreuung geregelt? Wie können Eltern ihre Kinder bei häuslicher Quarantäne unterstützen? Welche Beratungsangebote und Hilfefonnum geben wertvolle Tipps in dieser außergewöhnlichen Zeit? Das Bundesfamilienministerium hat Informationen für Familien gebündelt und verständlich aufbereitet. ([BMFSFJ](#))



### **Vergaben dürfen auch über einem Wert von 139.000 Euro ohne Wettbewerb vergeben werden**

Da mit dem Ausbruch von Covid-19 ein unvorhergesehenes Ereignis vorliegt,

- (1) äußerst dringliche und zwingende Gründe bestehen, die die Einhaltung der in anderen Verfahren vorgeschriebenen Fristen nicht zulassen,
- (2) ein kausaler Zusammenhang zwischen dem unvorhergesehenen Ereignis und der Unmöglichkeit besteht, die Fristen anderer Vergabeverfahren einzuhalten,

werden die Behörden des Bundes und ihre nachgeordneten Behörden ermächtigt, auch Vergaben im Wert von über 139.000 Euro direkt, unmittelbar und ohne wettbewerbliches Verfahren durchzuführen. Voraussetzung ist, dass der Gegenstand der Vergabe bzw. die Lieferung o. ä. dazu beitragen kann, die Ausbreitung oder die Folgen von Covid-19 zu begrenzen.

Die Bundesländer, Kreise und Kommunen und ihre jeweiligen Behörden dürfen analog verfahren. Die entsprechende Anordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie finden Sie im Anhang dieser Mail. (JK)

### **Einzelhandel vor schwieriger Zukunft**

Stefan Genth, Hauptgeschäftsführer des Handelsverband Deutschland (HDE) fürchtet eine Pleitewelle bei den Geschäften, die wegen der Corona-Krise schließen müssen. "Wir haben hier eine Herausforderung, die wir kaum bewältigen können."

Die meisten Nonfood-Läden wie Elektromärkte, Textilhändler, Möbel- und Sportgeschäfte und Warenhäuser müssen zwangsweise schließen. Der Schaden ist kaum zu beziffern, dürfte aber gewaltig sein. Der HDE schätzt, dass jeden Tag 1,1 Milliarden Euro Einnahmen ausbleiben. Gleichzeitig laufen die Kosten für Mieten, Gehälter und Versicherungen weiter. Finanzielle Puffer haben die wenigsten in der hart umkämpften Branche. "Für zahlreiche Unternehmen bedeutet dies höchstwahrscheinlich die Insolvenz", fürchtet Genth. ([Tagesschau](#))

### **Corona gefährdet Digitalwirtschaft**

Zwei Drittel der Start-ups fürchten wegen der Coronakrise um ihre Existenz. Wenn wir jetzt nicht aktiv werden, verlieren wir die halbe Tech-Welt", warnt Christian Miele, Vorsitzender des Bundesverbands Deutscher Start-ups. Zwei Drittel der Start-ups fürchten um ihre Existenz, ergab eine Umfrage des Start-up-Beirats beim niedersächsischen Wirtschaftsministerium. Hilfsmaßnahmen seien innerhalb von sieben Wochen notwendig.

Nach Informationen von Tagesspiegel Background arbeiten das Bundeswirtschaftsministerium unter Federführung von Thomas Jarzombek und die staatliche KfW-Bankengruppe gemeinsam mit dem Start-up-Verband an einem Entwurf für einen „Schutzschirm“ für Start-ups. Es geht um eine Größenordnung von mehreren Milliarden Euro. ([Tagesspiegel Background](#))

### **Macht der Klimaschutz während Corona Pause?**

In der Coronakrise fordert der FDP-Wirtschaftspolitiker Gerald Ullrich, die Einführung des CO2-Preises auf Sprit und Heizöl aufzuschieben.

Die Einführung des CO2-Preises von 25 Euro pro Tonne ab 2021, der bis 2025 auf 55 Euro anwachsen soll, sei „angesichts der Corona-Wirtschaftskrise unverantwortlich“. Die Bundesregierung müsse sie aufschieben, um Arbeitsplätze in Deutschland zu retten. Der CO2-Ausstoß werde durch die Corona-Wirtschaftskrise ohnehin sinken. Die Grünen sind wenig überraschend von dem Vorschlag nicht angetan. ([Focus](#))

### **Trigema stellt jetzt Mundschutz-Masken her**

Der schwäbische Bekleidungshersteller Trigema hat wegen der Corona-Pandemie seine Produktion teilweise auf Mund- und Nasenschutz-Masken umgestellt. Seit dem Vortag seien bereits die ersten 10.000 Masken hergestellt worden, sagte Unternehmenschef Wolfgang Grupp am Freitag. „In der nächsten Woche gehen wir auf bis zu 70.000 Stück hoch, und übernächste Woche können wir dann rund 100.000 Masken schaffen.“

Dem Unternehmen lägen momentan schon Aufträge für insgesamt mehr als 200.000 Stück von Kliniken, Pflegeheimen, Behörden und anderen vor. ([FAZ](#))

### **Amazon, Youtube und Netflix drosseln die Streamingqualität um Netze zu entlasten**

Youtube und Netflix reagieren auf Wunsch des EU-Kommissars Thierry Breton und zeigen ihre Videos ab sofort nicht mehr in bestmöglicher HD-Auflösung, um die Netze zu entlasten. Netflix schätzt, dass die Videoplattform durch das Rückschrauben auf die Standardauflösung etwa 25 Prozent Datenverkehr einspart. ([Spiegel](#))



## LAGE GLOBAL

Zusammenarbeiten, anstatt sich abzuschotten. Ganz nach dieser Leitlinie sicherte die Europäische Union in den letzten Tagen Mitgliedsstaaten und Unternehmen ihre Hilfe zu. Dennoch steht der Warenverkehr vor Herausforderungen und wichtige wirtschaftliche Standbeine, wie der Tourismus, wackeln. China weist amerikanische Journalisten aus, während die USA ihre Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und Wirtschaft ausweiten. Streamingdienste und Arbeitssoftware stoßen an ihre Auslastungsgrenzen, weshalb Technologiekonzerne an ihren Produkten arbeiten, um sie auf die zunehmende Nutzung in Quarantäne oder dem Home-Office vorzubereiten.

Doch es gibt Hoffnung: Sollte es gelingen, die Verunsicherung auf der Nachfrageseite zu beseitigen und gleichzeitig die Angebotsseite an die Veränderungen des Marktes anzupassen, wird auch diese Krise überwunden werden.



### **EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen: „Wir erleben einen externen Schock“**

Die EU will die Verschuldungsregeln lockern, um den Mitgliedsstaaten eine größtmögliche Handlungsfreiheit zu gewähren. Im Interview mit dem Deutschlandfunk bekräftigte von der Leyen, dass man gerade jetzt die Unternehmen unterstützen muss. Grenzsicherungen innerhalb Europas wären die falsche Antwort. Das ganze Interview zu Corona-Bonds, dem Notfallvorrat der EU und dem Fortgang der Brexit-Verhandlungen können Sie auch [hier](#) nachlesen. ([Deutschlandfunk](#))

### **Europäisches Parlament: Außerordentliche Plenarsitzung am 26. März**

Am kommenden Donnerstag, 26. März, findet in Brüssel eine außerordentliche Plenarsitzung statt. Sie ersetzt die bisher geplante Sitzung vom 1. bis 2. April. Auf der Tagesordnung stehen die ersten drei Legislativvorschläge der Europäischen Kommission zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in den EU-Mitgliedstaaten:

- Die **Coronavirus Response Investment Initiative**: Sie soll den Mitgliedsstaaten 37 Mrd. Euro aus den Kohäsionsfonds zur Verfügung stellen.
- Ein **Gesetzesvorschlag zur Ausweitung des Geltungsbereichs des EU-Solidaritätsfonds** auf Notfälle im Bereich der öffentlichen Gesundheit;
- Ein **Vorschlag der Kommission zur Beendigung der Leerflüge**, die durch den COVID-19-Ausbruch verursacht wurden.

EP-Präsident David Sassoli versicherte: „Das Europäische Parlament kommt seinen Pflichten nach und wird dies auch weiterhin tun.“ ([Europäisches Parlament](#))

### **USA erlassen weltweite Reisewarnung wegen Coronavirus**

Die US-Regierung rät ihren Bürgerinnen und Bürgern dringend von allen Auslandsreisen ab. Das Außenministerium in Washington gab einen weltweiten Reisehinweis der höchsten Stufe heraus. Amerikaner, die sich im Ausland aufhalten, wurden zur Rückkehr aufgefordert. ([US-Außenministerium](#))

### **China geht gegen US-amerikanische Journalisten vor**

Die chinesische Regierung verweist Journalisten und Medienvertreterinnen u. a. der New York Times, der Washington Post und des Wall Street Journal des Landes und entzieht ihnen ihre Akkreditierung für die Sonderverwaltungszone Hongkong und Macau. ([Hong Kong Free Press](#))

### **G7 goes digital**

US-Präsident und derzeitiger G7-Vorsitzender Donald Trump hat das für Juni geplante G7-Gipfeltreffen auf seinem Landsitz in Camp David wegen der Corona-Pandemie abgesagt. Stattdessen soll es eine Videokonferenz der Staats- und Regierungschefs geben. Trumps Wirtschaftsberater Larry Kudlow habe die anderen G7-Staaten sowie die Europäische Union bereits darüber informiert. ([FAZ](#))



## WIRTSCHAFT



### **Microsoft schränkt Funktionen bei Office 365 ein**

Die Maßnahme soll dabei helfen, mehr Kapazitäten für das Collaboration-Tool Teams freizuschöpfeln, da hier zum Wochenbeginn Probleme auftraten. Nutzerinnen und Nutzer konnten sich teilweise gar nicht einloggen, auch wurden Nachrichten erst nach mehreren Sendeversuchen abgeschickt. Da aufgrund der Coronavirus-Pandemie viele Angestellte im Homeoffice arbeiten, wird das Tool derzeit auch viel intensiver genutzt als im Normalbetrieb. ([Microsoft](#))

### **Lufthansa-Chef sieht Engpässe im Warenverkehr**

Luftfracht ist dieser Tage einer der wenigen Lichtblicke für Airlines - auch Lufthansa will in der Covid-19-Krise kurzfristige Chancen auf Einnahmen im Gütertransport nutzen. Konzernchef Carsten Spohr rechnet mit einer erheblichen Beeinträchtigung des Warenverkehrs auf Straße, Schiene und See. Aufgrund der erwarteten Pandemie an Häfen und Bahnhöfen werde es schwierig sein, die Logistik aufrecht zu erhalten. ([aero](#))

### **Aufgestaute Verbrauchernachfrage für Erholung vom virenbedingten Abschwung im asiatisch-pazifischen Raum entscheidend**

Die Rezession "ist nun garantiert" für den asiatisch-pazifischen Raum, sagte der Rating-Gigant S&P Global am Mittwoch in einem Bericht. Robin Brooks, Geschäftsführer und Chefökonom am Institute of International Finance, sagte, dass es sich letztlich nicht um eine Finanzkrise handle und die Märkte ihren Tiefpunkt erreichen werden, wenn die Unsicherheit über das Ausmaß der Ausbreitung in den USA beseitigt ist. ([CNBC](#))

### **Portugal fürchtet nächste Krise**

Gerade erst hat sich Portugal von einer schweren Wirtschaftskrise erholt. Nun sorgt sich das Land um seine wichtigste Einnahmequelle: den Tourismus. In den vergangenen Jahren erlebte Portugal einen wahren Besucherboom. Lissabon und Porto gehören zu den beliebtesten Rejestädten Europas, die Region Algarve im Süden ist seit jeher ein Touristenmagnet. 2019 kamen rund 27 Millionen Urlauber ins Land, gut sieben Prozent mehr als im Jahr zuvor. Doch nun sei durch das Coronavirus alles anders, sagt Joao Fernandes, der Chef des Tourismusverbands Algarve. ([Tagesschau](#))

## WAS SONST NOCH PASSIERT



### **Meuthen will Auflösung des rechtsextremen AfD-Flügels**

In der heutigen Sitzung des AfD-Parteivorstands schlug der Parteivorsitzende Jörg Meuthen die Auflösung des rechtsextremen „Flügels“ vor. Auch innerhalb der Partei war zuletzt Kritik an der Gruppierung laut geworden, wohl aus der Befürchtung heraus, die gesamte Partei könnte vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall eingestuft werden. Der Verfassungsschutz sieht in dem Zusammenschluss eine „erwiesene extremistische Bestrebung“. Zu den bekanntesten Mitgliedern des „Flügels“ gehören Björn Höcke und Andreas Kalbitz. ([FAZ](#))

### **Führungswechsel bei Siemens: Busch folgt auf Kaeser**

Siemens Vorstandsvorsitzender Joe Kaeser wird das Unternehmen im kommenden Jahr verlassen und schon zuvor schrittweise Verantwortung abgeben. Die Konzernleitung übernimmt sein bisheriger Stellvertreter Roland Busch. Kaeser wird den Vorsitz des Aufsichtsrats für die Siemens Energy übernehmen. Deren Vorstand Michael Sen scheidet überraschend aus dem Unternehmen aus. Der Managementwechsel kommt nur wenige Monate bevor der Bereich Energy an die Börse gebracht werden soll. ([Siemens](#)) ([Handelsblatt](#))

### **Bundesverfassungsgericht zum europäischen Einheitspatent**

Das Bundesverfassungsgericht hat das Gesetz zum Übereinkommen über ein einheitliches Patentgericht für nichtig erklärt. Damit geben die Richter einer Verfassungsbeschwerde recht, wonach der Bundestag bei Annahme des Gesetzentwurfes 2017 ohne ausreichende Beschlussfähigkeit handelte. Ein europäisches Einheitspatent soll Unternehmen einen schnellen und günstigen Anmeldeprozess ermöglichen. Ohne deutsche Zustimmung allerdings verzögert sich das Projekt weiter. ([BVerfG](#))

### **Handlungsfähige Regierung in Belgien**

Nach 15 Monaten Notregierung hat das belgische Parlament der Regierungschefin Sophie Wilmès sein Vertrauen ausgesprochen und damit ein handlungsfähiges Kabinett ermöglicht. Wilmès bislang geschäftsführende Minderheitsregierung verfügt nur über 38 der 150 Sitze. ([FAZ](#))